

> PRESSEMITTEILUNG

VKU-Stadtwerkekongress 2021: „Stadtwerke mahnen: Klimaziele brauchen Planungs- und Investitionssi- cherheit“

Berlin/Dortmund, 07.09.2021

Offene politische Entscheidungen sind für die große Mehrheit der Stadtwerke-Chefs und Energieexpertinnen und Experten kommunaler Unternehmen mit Abstand das größte Hindernis für die Energiewende. Das ergibt eine Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) unter seinen Mitgliedsunternehmen zum Stadtwerkekongress, der heute und morgen in der Dortmunder Westfalenhalle stattfindet. So fehlen Planungs- und Investitionssicherheit für kommunale Energieversorger und Netzbetreiber (69 Prozent). Zweitgrößtes Hindernis sind die Dauer und Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsrecht (63 Prozent). Ingbert Liebing, VKU-Hauptgeschäftsführer: „Die Stadtwerke als Praktiker und Pragmatiker der Energiewende wollen anpacken und die Klimaziele erreichen. Ohne Planungs- und Investitionssicherheit gelingt das aber nicht. Die Umfrage hat dies als wichtigstes Problem benannt: Wir brauchen endlich klare längerfristige verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik und für die Energiewende.“

Invalidenstraße 91

10115 Berlin
www.vku.de

Geschäftsführerin
Kommunikation:
Dorothea Misch
Fon +49 30 58580-221
Mobil +49 170 8580-221
misch@vku.de

Pressesprecher:
Stefan Luig
Fon +49 30 58580-226
Mobil +49 170 8580-226
luig@vku.de

Pressesprecherin:
Anna Theresa Kammer
Fon +49 30 58580-225
Mobil +49 170 8580-225
kammer@vku.de

Die To-Do-Liste der nächsten Bundesregierung:

Liebing benennt auch die drei wichtigsten Themen für die nächste Bundesregierung, die sich aus der Umfrage ergeben: **„Oberste Priorität hat eine Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich sowie der CO-Preis (56 Prozent). Ein Blick auf die Stromrechnung genügt: Strom aus erneuerbaren Energien muss günstiger werden. So wird sauberer Strom wettbewerbsfähiger gegenüber fossilen Energien und attraktiver für den Einsatz im Verkehr- und Wärmesektor“**, so Liebing. **„Wichtig ist es zudem, den Menschen beim CO2-Preis kein X für ein U vormachen zu wollen: Wenn wir einen drastischen CO2-Preisanstieg ab 2026/2027 (nach der Festpreisphase) verhindern wollen, muss der CO2-Preis früher erhöht werden. Das ist nicht nur für den Klimaschutz wichtig, sondern auch, um eine spätere Kostenexplosion zu verhindern. Außerdem können wir damit die EEG-Umlage abschaffen und Transformationsprojekte gezielt fördern. So erreichen wir auch den notwendigen sozialen Ausgleich.“**

Daran schließt die zweite Priorität der Stadtwerke-Chefs an. Mehr als die Hälfte fordert neue Anreize für die Wärmewende (53,9 Prozent). **„Der Wärmesektor ist unser Klimaschutz-Sorgenkind: geringe Sanierungsquote, unzureichende**

Förderung,” so Liebing. „Aber: Auch Sorgenkinder haben Potenzial. Das sollte die nächste Regierung mit einem neuen Ansatz wecken und einen Wärme-Masterplan vorlegen. Für die Versorgung mit klimaneutraler Wärme aus erneuerbaren Energien sollte Politik den Quartiersansatz verankern und die kommunale Wärmeplanung mit einem breiten Strauß unterschiedlicher technologischer Lösungen stärken. Außerdem brauchen wir bessere gesetzliche Rahmenbedingungen und eine umfassende Förderung für den Ausbau der Wärmenetze sowie die Option für den Einsatz von Wasserstoff, mit dem fossiles Erdgas ersetzt werden kann. Das schafft Planungs- und Investitionssicherheit.“

Drittes „Eisen“ Infrastruktur-Update: Die Unternehmenslenker fordern laut Umfrage zudem bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau von Infrastrukturen (52 Prozent). Liebing: **„Das oft geforderte 100 Tage-Programm für Erneuerbare Energie braucht ein Infrastruktur-Update als Begleiter. Die nächste Bundesregierung sollte die ersten 100 Tage nutzen, um sowohl ein Erneuerbare Energien-Programm als auch ein Infrastruktur-Update anzuschieben: Investitionsbremsen lösen, Rechts- und Planungssicherheit schaffen. Die Antwort der nächsten Bundesregierung auf Bidens „Built Back Better“ für die USA, muss „Buddeln und Baggern“ für Deutschland sein. Netzausbau, Digitalisierung der Netze, Investitionen in Speicher, Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger – das alles erfordert Milliarden für Investitionen. Sie wiederum brauchen Planungs- und Investitionssicherheit. Ohne sie wird der Markthochlauf neuer klimaneutraler Technologien schlicht nicht funktionieren.“**

Umfrageergebnisse im Überblick

- 1. Welche drei Maßnahmen muss die nächste Bundesregierung ganz oben auf die energiepolitische Agenda setzen, um die neuen und höheren Klimaziele zu erreichen?** (Top 3 Ranking nach prozentual häufigster Nennung)
 - **56, 3 Prozent Reform der Entgelte und Umlagen/CO2-Preis (stärkere Belastung fossiler Energieträger, Entlastung von Strom und CO2-freien Energieträgern)**
 - **53,9 Prozent Anreize für Wärmewende**
 - **52, 1 Prozent: bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau von Infrastrukturen**
 - 45, 5 Prozent Verbesserungen für den Ausbau erneuerbarer Energien
 - 41,3 Prozent KWK-Anlagen (z. B. Biomasse, Erdgas/Wasserstoff) für die Versorgungssicherheit weiter fördern
 - 15 Prozent regional erzeugten Wasserstoff fördern
 - 15 Prozent effizienterer Umgang mit Energie

- 7,8 Prozent Förderung von Tank- und Ladeinfrastruktur und Einsatz alternativer Antriebe
- 2. Was sind die größten Hindernisse bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort?** (Top 3 Ranking meistgenannte Hindernisse / Mehrfachauswahl möglich, max. drei Antworten)
- **69,4 Prozent Fehlende Planungs- und Investitionssicherheit durch ausstehende politische Entscheidungen**
- **63 Prozent Dauer- und Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsrecht**
- **47,5 Prozent Fehlende finanzielle Investitionsfähigkeit, bspw. fehlendes Eigen- oder Fremdkapital durch geplante Absenkung EK-Zins**
- 28,8 Prozent Geringe Akzeptanz in der Bevölkerung
- 22,5 Prozent Fehlende Fördermittel
- 19,4 Prozent Fehlendes Personal im eigenen Unternehmen
- 10,6 Prozent Fehlende Tiefbaukapazitäten / Bauträger
- 8,8 Prozent Fehlendes Personal in Behörden und Gerichten
- 2,5 Prozent Materialmangel, z.B. Baustoffe oder Halbleiter, Grundstoffe usw.
- 1,9 Prozent Sonstiges

Auswertung auf Basis von 167 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Stadtwerkegeschäftsführung sowie Energieexpertinnen und Experten aus den Unternehmen

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 283.000 Beschäftigten wurden 2018 Umsatzerlöse von rund 119 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 12 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen große Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Erdgas 67 Prozent, Trinkwasser 90 Prozent, Wärme 74 Prozent, Abwasser 44 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr kommunale Unternehmen engagieren sich im Breitbandausbau. 190 Unternehmen investieren pro Jahr über 450 Mio. EUR. Sie steigern jährlich ihre Investitionen um rund 30 Prozent. Beim Breitbandausbau setzen 93 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude.